

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Europäische Union 2016

In einer Pressemitteilung vom 19.02.2016 reagierte Amnesty International auf den Vorschlag der EU-Kommission zur Terrorismusbekämpfung.

Amnesty mahnte die EU-Mitgliedsstaaten an, der Erfüllung bereits bestehender Verpflichtungen Priorität einzuräumen. Darunter unter anderem der Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, unter anderem Fälle von Folter.

Nach einer Pressemitteilung vom 25.02.2016 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution bezüglich des Konflikts zwischen Saudi Arabien und dem Jemen. In dieser ruft das Parlament die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, ein Waffenembargo gegen Saudi Arabien einzuführen.

Amnesty International hat zahllose Menschenrechtsverletzungen durch die von Saudi Arabien angeführte Koalition und anderen Kriegsparteien dokumentiert.

In einer Pressemitteilung vom 17.03.2016 spricht sich Amnesty International gegen den geplanten „Flüchtlings-Deal“ mit der Türkei aus.

Neben der Verweigerung eines effektiven Schutzes von Flüchtlingen hat die Türkei auch immer wieder syrische Flüchtlinge ins syrische Kriegsgebiet zurück gedrängt, wo sie unter anderem auch von Folter bedroht sind.

In einer Pressemitteilung vom 09.05.2016 fordern Amnesty und die Omega Research Foundation den Europäischen Rat auf, die kommerzielle Bewerbung von Sicherheitsequipment, welches potentiell für grausame, unmenschliche und entwürdigende Behandlung entwickelt wurde, innerhalb seiner Mitgliedsstaaten umgehend zu unterbinden.

Solches Equipment wie mit Spikes besetzte Schlagstöcke und Schilde oder Daumenhandschellen werden manchmal online oder auf Messen gezeigt bzw. beworben, obwohl sie aufgrund der „Torture Trade Regulation“ der EU verboten sind.

Im Oktober 2015 stellte das Europäische Parlament den Antrag, jegliche Werbung für verbotene Gegenstände gemäß der „Torture Trade Regulation“ zu verbieten. Dieser Antrag wurde vom Europäischen Rat zunächst abgelehnt und wird aktuell vom diesem, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission diskutiert.

Amnesty fordert die Umsetzung des beantragten Werbeverbots und die Schaffung von geeigneten Kontrollmaßnahmen. Solche Maßnahmen müssten umfassend und effektiv sein und zudem umgehend zum Einsatz kommen.

Nach einer Pressemitteilung vom 25.05.2016 von Amnesty International hat sich fast die Hälfte der Mitgliedsstaaten der EU über das EU-weite Waffenembargo gegenüber Ägypten hinweg gesetzt, obwohl dort Waffen unter anderem auch für erzwungenes „Verschwindenlassen“ und Folter eingesetzt werden. Folgende Staaten lieferten oder vermittelten seit 2013 Waffen an Ägypten: Bulgarien, Zypern, Tschechische Republik, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Spanien, Großbritannien.

Amnesty International fordert ein umfängliches und bindendes Waffenembargo für Ägypten.